

UNION

in Deutschland

INFORMATIONSDIENST

der Christlich Demokratischen und Christlich Sozialen Union

CDU-Zuversicht in Hessen

Scharfe Abrechnung mit der SPD – Lohn der Eigeninitiative

Die CDU in Hessen hat berechtigte Hoffnung, bei den Landtagswahlen im November dieses Jahres der regierenden SPD einen Teil der Macht abzunehmen. Dieser Zuversicht gab der Landesvorsitzende der hessischen CDU, Bürgermeister Dr. Wilhelm Fay, am 23. April vor dem Landesparteitag in Wetzlar Ausdruck. In seiner Meinung wurde er u. a. von Bundesaußenminister Dr. Schröder bestätigt.

Nicht zuletzt das rege Interesse der Öffentlichkeit an dem von der CDU geführten Kampf gegen das Verbot der Briefwahl (siehe UID Nr. 15/66) läßt einige politische Veränderungen für die nächste Landtagswahl erwarten. Inzwischen hat bekanntlich die SPD bereits einen gewissen Kompromiß angeboten: sie will die Vorauswahlmöglichkeit von bisher 7 auf 21 Tage verlängern. Nach Ansicht der CDU reicht das aber noch nicht aus.

Dr. Fay, der mit großer Mehrheit vom Landesparteitag auf zwei Jahre zum Vorsitzenden wiedergewählt wurde, führte in seinem Rechenschaftsbericht u. a. aus:

Der Mitgliederstand der hessischen CDU ist in der Zeit vom 1. 1. 1964 bis zum 31. 3. 1966 um 29,4 Prozent angestiegen. Im gleichen Berichtszeitraum sind 136 neue Ortsverbände gegründet worden. Diese erfreulichen Zahlen beweisen, daß die CDU zu einem entscheidenden politischen Faktor in Hessen geworden ist und in allen 48 Stadt- und Landkreisen stärker als bisher an den politischen Entscheidungen beteiligt sein wird.

Auf die Landtagswahlen eingehend, sagte der CDU-Vorsitzende, seine Partei werde alle Kraft aufwenden, um so stark wie nur möglich aus den November-Wahlen hervorzugehen. Eine neue absolute Mehrheit der hessischen SPD müsse verhindert werden. Die Hochmütigkeit, welche die hessische Landesregierung unter Ministerpräsident Zinn beispielsweise in der Münnemann-Affäre an den Tag gelegt habe (siehe UID Nr. 6/65), indem sie den gesamten Landtag verklagte, liege in der unbeschränkten Machtfülle der SPD begründet. Ein solches Verhalten könne nur als Beleidigung des Parlaments, also der gewählten Vertretung der hessischen Bürger, verstanden werden.

„Ein verunglücktes Experiment“ nannte Dr. Fay den sogenannten Großen Hessenplan der Landesregierung. Schon ein Jahr nach seiner Verkündung habe auch der positivste Betrachter feststellen müssen, daß dieser Plan nicht zu verwirklichen sei. Die durch diesen unrealisti-

schen Plan ausgelöste neue Verschuldungswelle der Kommunen drohe das Finanzgefüge der hessischen Städte schwer zu erschüttern.

Vor Dr. Fay hatte Bundesaußenminister Dr. Schröder grundlegende Ausführungen zur deutschen Politik gemacht. Sein Referat wird an anderer Stelle dieses Dienstes wiedergegeben.

Neben Dr. Schröder legten Bundestagsabgeordneter Dr. Bertold Martin, der den kulturpolitischen Fachausschuß der CDU-Bundestagsfraktion leitet, und der Frak-

Fortsetzung Seite 2

Mord bleibt Mord

Fraktionsvorsitzender Barzel verurteilt Schießbefehl

Vor der CDU/CSU-Fraktion des Bundestages, die in Berlin zusammentraf, sprach am 26. April Dr. Rainer Barzel über gesamtdeutsche Fragen.

Seine Erklärung hat folgenden Wortlaut:

Wir haben das Recht, hier zu sein und hier zu arbeiten. Nichts ist selbstverständlicher als die Anwesenheit der frei gewählten Abgeordneten des deutschen Volkes in der deutschen Hauptstadt.

In der Nacht zum Montag wurde wieder ein Mensch in Berlin auf Befehl Ulbrichts ermordet. Er wollte als Deutscher sich in Deutschland frei bewegen — also ein Menschenrecht praktizieren, das die UNO jedem Menschen ausdrücklich zuerkennt. Er wurde — wie 67 Menschen vor ihm — zusammengeschossen, weil Ulbricht Menschenrecht nicht gelten läßt. Mord bleibt Mord und Mörder bleiben Mörder. Jeder Mensch hat — nach unserem Grundgesetz wie nach internationalem Recht — Anspruch auf Schutz des Lebens und auf Achtung seiner Menschenwürde. Für Mord und Mörder wird es weder eine Lockerung des Verfolgungszwanges noch den Schatten des Opportunitätsprinzips geben. Wir werden auch künftig politische und kriminelle Delikte auseinanderhalten. Mord bleibt kriminell. Die SPD sollte der SED klarmachen, daß sie unmöglich nach Chemnitz gehen kann, während in Berlin auf Landsleute geschossen wird.

Zum Redneraustausch zwischen SPD und SED begleiten die SPD unsere besten Wünsche. Wir bleiben bereit, auch selbst mit den Menschen in der Zone ins Gespräch zu kommen. Um nicht abzulenken oder zu stören, verzichten wir für den Augenblick in soweit auf eine eigene Initiative. Es bleibt festzuhalten, daß der Anstoß durch einen offenen Brief von der SED ausging, und daß bisher nur das Gespräch mit der SPD erwünscht ist.

Wir ermuntern die Bundesregierung, fraktionellen Gespräche zur Förderung gesamten deutschen Politik.

Wir ermuntern die Bundesregierung, das Gespräch über die Friedensnote auch mit den Völkern Ost- und Mitteleuropas zu suchen,

ein aktuelles humanitäres Programm zur Förderung der Lebensbedingungen unserer Landsleute in der SBZ alsbald in geeigneter Weise ins Gespräch zu bringen,

zu einem geeigneten Zeitpunkt dem Deutschen Bundestag über die Lage in der SBZ zu berichten,

mit unseren westlichen Verbündeten das Gespräch über Deutschland als Ganzes wieder aufzunehmen.

CDU-Zuversicht in Hessen

Fortsetzung von Seite 1

tionsvorsitzende der CDU im hessischen Landtag, Dr. Erich Großkopf, einen Rechenschaftsbericht über ihre politischen Arbeitsbereiche dar.

Dr. Martin erklärte u. a.:

„Bei der Ausgabeneindämmung haben Fraktion und Bundesregierung eine bedeutende Ausnahme gemacht: Die Ausgaben für die Wissenschaft sind um mehr als 30 Prozent gestiegen, und die Ausgaben für die Auslandskulturarbeit sind erhöht worden von 170 auf 212 Millionen DM, dazu kommen noch die Mittel für die politische Informationsarbeit im Ausland mit etwa 50 Millionen DM. Nimmt man dazu die 100 Millionen, die die Kirchen für die Bildungsarbeit im Ausland ausgeben, so hat man ein ausdrucksvolles Bild der deutschen Kulturarbeit im Ausland vor sich. Bei dieser Gelegenheit ist es wichtig zu bemerken, daß Beweglichkeit und Dynamik der Außenpolitik von zwei Faktoren abhängen: von einer wachsenden und stabilen Wirtschaft im Inneren und von den Bemühungen, das Bild von Deutschland in aller Welt durch die Kulturarbeit und eine korrekte, umfassende Information zu verbessern. Wir sind uns darüber im klaren, daß die Ausgaben für Wissenschaft und Bildung nicht nur in diesem, sondern im kommenden Jahr vermehrt werden müssen. Kapital, Arbeit und Bildung sind die drei Faktoren, von denen das Wachstum der Wirtschaft abhängt, und man wird heute sagen müssen, daß der Faktor, der am meisten für das Wachstum zu Buche schlägt, durch Ausbildung und Bildung gegeben wird. Kapital und Arbeitsversorgung sind beschränkt, auf dem Gebiet von Wissenschaft und Bildung sind wir freier und operationsfähiger. Dies ist auch der Grund, warum die Bundesregierung im Gegensatz zu der SPD sich dafür entschieden hat, im Zusammenhang mit den europäischen Ländern und den Vereinigten Staaten sich an der Weltraumforschung zu beteiligen, weil hier die Patente, Lizenzen und Verfahren abfallen, die für die Entwicklung von Technik und Wirtschaft entscheidend sind.“

Kooperierter Föderalismus

Inzwischen hat die Träger-Kommission ein Finanzgutachten vorgelegt. Es ist bedauerlich, daß die Öffentlichkeit nicht ausreichend Kenntnis von den fruchtbaren Vorschlägen bekommen hat, die darin enthalten sind. Ich beschränke mich auf einen wesentlichen Punkt. In dem Gutachten ist vorgeschlagen, bestimmte Aufgaben zu Gemeinschaftsaufgaben von Bund und Ländern zu erklären, insbesondere die Frage des Straßenbaues und die Frage der Bildungseinrichtungen. Nach diesen Vorschlägen würde die Großforschung zum Bunde kommen, ebenso wie die deutsche Forschungsgemeinschaft, die Max-Planck-Gesellschaft für Ausbau oder Neubau von Universitäten gemeinsam von Bund und Ländern geleistet werden müßten. Auf diese Weise ist es möglich, einen kooperativen Föderalismus zu begründen. Man muß sich darüber im klaren sein, daß diese Vorschläge eine der letzten Möglichkeiten sind, den Föderalismus in Deutschland wirklich funktionsfähig zu machen. Die Vorschläge, die hier

vorliegen, sind fruchtbar, sie bleiben im Rahmen des Kontingentes und geben der Gemeinschaft von Bund und Ländern den Handlungsspielraum, den wir benötigen, um in angemessener Zeit die Bildungseinrichtungen in Deutschland, insbesondere die Einrichtung der Universitäten und der Wissenschaft, auf den Stand zu bringen, den ein Land von der Größe und Bedeutung der Bundesrepublik benötigt.“

Auch Dr. Großkopf hatte in den Mittelpunkt seiner Betrachtungen die kulturpolitische Situation in Hessen gestellt. Seine Analyse der verfehlten, weder den finanziellen noch den pädagogischen Möglichkeiten angepaßten Schulpolitik, faßte Dr. Großkopf in folgenden Gedanken zusammen:

„Die hessische Kulturpolitik kann dank hoher finanzieller Dotierung aus dem Füllhorn christlich demokratischer Bundespolitik beträchtliche Mittel im gesam-

ten Schulwesen investieren. In der Sicht der CDU-Fraktion fehlt der sozialdemokratischen Schulpolitik finanzpolitisch die ordnende Dispositionsfähigkeit, ein Mangel, der in der Vergangenheit Fehlinvestitionen nicht unbedeutenden Umfangs zur Folge hatte, der in der Gegenwart ein Bauprojektvolumen gezeitigt hat, über dessen Umfang Finanzierungsmöglichkeiten und Prioritätenominierung die Regierung dem Landtag trotz des Drängens der CDU-Fraktion die Aussage verweigert. Fest steht lediglich auf Grund des Haushaltsplanes, daß die hessischen Gemeinden die Leidtragenden sind und sein werden, von deren unerhörten Anstrengungen ihr Kreditschuldenstand von 3,5 Milliarden DM ab 31. 12. 1965 zeugt, während zum gleichen Zeitpunkt die entsprechende Ziffer des Landes Hessen mit 557 Millionen DM Kreditmarktschulden die Unfähigkeit der hessischen Regierung offenbar macht, Land und Gemeinden gestellten Gemeinschaftsaufgaben im Sinne einer fairen Partnerschaft zu lösen.“

Kühler Verstand nötig

Dr. Schröder warnt vor Emotionen in der gesamtdeutschen Frage

Bundesaußenminister Dr. Schröder war der Hauptredner auf der Landesversammlung der hessischen CDU in Wetzlar.

Dr. Schröder nannte in seiner umfassenden „tour d'horizon“ die Haltung des französischen Staatspräsidenten de Gaulle zur NATO nicht überraschend; sie sei nur eine konsequente Fortsetzung der schon früher geübten Politik. Allerdings sei die Bundesrepublik durch den Wunsch Frankreichs, die Allianz aufzukündigen, heute besonders mit dieser französischen Politik konfrontiert.

Den neu in die politische Debatte geworfenen Begriff des „unprovizierten Angriffs“, unter dem die Franzosen den Fall verstehen, bei dem sie erst ihre Truppen einsetzen wollen, nannte der Bundesaußenminister als nicht zu unseren politischen Konzepten passend. Durch das Vorgehen Frankreichs würde die Kampfkraft geschwächt, das Maß der Abschreckung entscheidend vermindert.

Die deutsche Haltung zu alledem könne nur folgende sein:

- Die effektive Verteidigungsbereitschaft muß bestehenbleiben.
- Das System der NATO kann nicht durch einzelne Verträge ersetzt werden.
- Die Konfrontation zwischen West und Ost, d. h. der Vereinigten Staaten und der Sowjetunion, ist bei uns im geteilten Deutschland so stark wie nirgendwo sonst. Also ist schon unter diesem Gesichtspunkt die Frage der Erhaltung des Verteidigungsbündnisses für die Bundesrepublik so eminent wichtig.

Frankreichs Ausscheiden werfe zudem besondere Probleme dabei auf, wenn man den Wert der Automatik der Verteidigung im entscheidenden Fall denke. Auch die Bundesregierung wünsche keine Veränderungen bei dem Status der französischen Truppen in der Bundesrepublik. Dieser Status könne nicht zum Inhalt nur bilateraler Verträge gemacht werden, er interessiere das ganze System. Der deutsche Bundesaußenminister appellierte an

die anderen Partner in der NATO, in ihrer Geschlossenheit das französische Mitglied zu überzeugen. Die Integration der nationalen Truppen sei schon daher so wichtig, da sie die Teilnahme kleiner Staaten an einem modernen Waffensystem erlaube, daß sich ein einzelner Staat nicht leisten könne.

Dr. Schröder sprach sich auch dafür aus, trotz mancher Fehlschläge daran festzuhalten, daß Europa enger zusammenfinden müsse. Dieser Wunsch entspreche dem dauerhaften Interesse aller Völker.

Man solle zwar nicht auf Emotionen aus sein und darüber den kühlen Sachverstand vergessen, wenn aber mehr als gegenwärtig die Emotion eintreten würde auf dem Weg nach Europa, dann sei das um so besser. Von der CDU erwartet Dr. Schröder, daß sie mehr als bisher loyal und geschlossen auf diesen Weg vorangehen werde.

Zu dem Deutschlandproblem sagte der Außenminister, daß die deutschen Parteien verschiedene Nuancen vertreten, wie man diesem grundlegenden Ziel der deutschen Politik am besten gerecht werden könne: Das sei auch nicht schlimm, wenn nur der gegebene Bereich eingehalten werde. In der Frage der Einigung mit der Sowjetunion über die Deutschlandfrage solle man jede Chance zur Verbesserung der Kontakte nützen. Man solle der Sowjetunion immer wieder sagen, daß eine Einigung in der Deutschlandfrage auch in ihrem nationalen Interesse liege, da ein permanenter Spannungsherd in Europa beseitigt werde. Der Minister unterstrich ausdrücklich und ohne Einschränkung das Alleinvertretungsrecht der Bundesrepublik. Wenn das so sei, dann müsse auch der innere Zusammenhalt aller Deutschen unbedingt erhalten werden. Die Behandlung der Wiedervereinigungsfrage dürfe also keinesfalls zum

Fortsetzung Seite 3

Das Ziel: stärkste Partei

CDU-Landesverband Hannover setzt Akzente für die Zukunft

Die niedersächsische CDU hat sich zum Ziel gesetzt, nach den Landtagswahlen im kommenden Frühjahr als stärkste Partei die politische Führung im Land zu übernehmen. Das wurde aus allen Reden deutlich, die am Wochenende auf dem Parteitag des Landesverbandes Hannover in Osnabrück gehalten wurden. Dazu wurde erklärt, daß die Koalitionsfrage jetzt noch nicht beantwortet werde, „da sie gegenwärtig unaktuell ist“.

Der Parteitag wählte Bundesverkehrsminister Dr. Ing. Hans-Christoph Seebohm mit überzeugender Mehrheit zum Vorsitzenden des Landesverbandes wieder. Erster stellvertretender Vorsitzender blieb der Bundestagsabgeordnete Dr. Stecker. Gleichberechtigte zweite stellvertretende Vorsitzende wurden Landwirtschaftsminister Wilfried Hasselmann, der die höchste Stimmenzahl auf sich vereinigte, und der Landtagsabgeordnete Heinz Müller-Osterode, der zugleich Schatzmeister der CDU Hannover ist.

An dem Parteitag nahmen alle vier niedersächsischen CDU-Minister — Besselmann (Justiz), Hasselmann (Landwirtschaft), Langeheine (Kultus) und Möller (Wirtschaft und Verkehr) — sowie als Hauptredner der Schlußkundgebung Bundeswirtschaftsminister Kurt Schmücker teil. Auch der Präsidierende Vorsitzende der CDU Niedersachsen, Dr. Otto Fricke, war Gast des Parteitages, auf dem die niedersächsische CDU die Akzente für die Zukunft des Landes setzte.

Der designierte Spitzenkandidat der CDU für die Landtagswahlen, Kultusminister Richard Langeheine, bezeichnete es als eine der Hauptaufgaben der Union, das gesellschafts- und wirtschaftspolitische Gefälle im Land zu beseitigen, „weil es unerträglich ist“. Er rief dazu auf, die Landesfinanzen weiter in Ordnung zu bringen und die Steuerkraft des Landes systematisch weiterzuentwickeln.

In erster Linie forderte der Minister die Forcierung der Industriensiedlung in Verbindung mit einer stärkeren Förderung des Straßenbaues vor allem im Zonenrandraum und im Emsland. Ebenso wichtig sei die Strukturverbesserung der Landwirtschaft.

Zur geplanten Verwaltungs- und Gezietsreform meinte Langeheine, sie solle dazu dienen, die kommunale Selbstverwaltung zu stärken. Für den sozialen Wohnungsbau forderte er, die Akzente künftig stärker nach familien- und gesellschaftspolitischen Gesichtspunkten zu setzen. Schließlich kündigte der Minister, auf

sein Ressort eingehend, die Vorlage eines Privatschulgesetzes und eines Jugendförderungsgesetzes an. Er bezeichnete es als Ziel seiner Politik, sicherzustellen, daß jedes Kind die gleiche Bildungschance erhält, die seiner Begabung und seiner Berufsneigung entspricht.

Der Vorsitzende der CDU-Fraktion im Landtag, Bruno Brandes, rief zu weiterer Sparsamkeit auf. Er regte an, das Landesvermögen zu mobilisieren, um die Verpflichtungen erfüllen zu können, die dem Land durch die hohen Zinsenlasten als Folge der Finanzpolitik früherer Landesregierungen entstanden sind. Für das bevorstehende Kommunalwahlgesetz forderte Brandes, die Verbindung zwischen Listen- und Persönlichkeitswahlrecht zu erhalten. Als eine wichtige wirtschaftspolitische Maßnahme forderte er den Ausbau der Investitionshilfen für bodenständige Betriebe, die aus ihrer Enge herauswollen. „Die mittelständische Wirtschaft, die bei uns stets ihre Heimat hatte, muß erhalten bleiben“.

Bundeswirtschaftsminister Schmücker unterstrich in seinem Referat die gemeinsame Verantwortung von Bund, Ländern und Gemeinden für die Sicherung der Stabilität, die durch ein „Gesetz zur Förderung der wirtschaftlichen Stabilität“ betont werden solle. „Sie wird an die Finanzverfassungsreform, deren wesentliche Teile noch in dieser Legislaturperiode verwirklicht werden müssen, in diesem Geist der Solidarität und der finanziellen Ehrlichkeit herangehen“, meinte Schmücker.

Der Landesvorsitzende, Bundesverkehrsminister Seebohm, hatte in einem Referat an die CDU-Mitglieder appelliert, die Mitgliederwerbung noch stärker als bisher auszubauen. Den Zuwachs der niedersächsischen CDU um 10 Prozent im letzten Jahr nannte er „nicht befriedigend“. Es gelte, nachdem die CDU bei den letzten Bundestagswahlen im Land stärkste Partei geworden sei, sie nun auch bei den Landtagswahlen zur stärksten Partei zu machen.

Kühler Verstand nötig

Fortsetzung von Seite 2

Auseinanderleben der beiden getrennten Teile Deutschlands führen.

Die geplanten Gespräche in Chemnitz und Hannover sollten sich vor allem auf das Schicksal der Menschen dort und hier konzentrieren. Zwar sollten wir gewisse Risiken auf uns nehmen, aber die Grundinteressen dabei nicht gefährden. Niemand könne daran zweifeln, daß die SED eine Konföderation — wenigstens als vorgetäushtes Bild — wünsche. Über ihre wahren Ziele solle man sich keine Illusionen machen. Deshalb dürfe jede

Art von Aktivität dieser Frage nur auf dem Boden gemeinsamer Arbeit vorgenommen werden. Man solle sich schon die Mühe machen, solche Diskussionen zu wagen. Man solle versuchen, dadurch die Verhältnisse der Menschen in der sowjetischen Besatzungszone zu bessern, sei es auch nur durch eine Gegenüberstellung der verschiedenen Thesen.

Freilich ließ auch Dr. Schröder keinen Zweifel daran, daß er nicht glaube, durch Diskussionen könnten Kommunisten geändert werden.

In der Diskussion daraufhin angesprochen, sagte Dr. Schröder, daß er Ge-

Am Rande

Der Deutsche Bundestag hat in dieser Woche mit seinen Fraktionen und Ausschüssen wieder in Berlin getagt. Das ist nichts Außergewöhnliches, denn die freigewählte Vertretung des deutschen Volkes nimmt damit nur ein selbstverständliches Recht in Anspruch. Wir können deshalb auch die üblichen Proteste der kommunistischen Machthaber gegen dieses Recht gelassen hinnehmen. Nur eines sollten wir gerade in diesen Tagen nicht: den Blick dafür verlieren, daß die von den Sowjets gespaltene deutsche Hauptstadt, daß Mauer, Stacheldraht und Schießbefehl nach wie vor die deutsche Wirklichkeit sind. Auch in dieser Woche ist wieder ein Deutscher an der Mauer niedergeschossen worden, nur weil er von einem Teil Deutschlands in den anderen wollte.

Wenn wir die Auseinandersetzung mit dem Kommunismus erfolgreich bestehen und schließlich gewinnen wollen, dann müssen wir uns dieser Wirklichkeit immer bewußt sein. Es hieße, sich leichtfertig Illusionen hinzugeben, etwa zu glauben, durch ein gesamtdeutsches Gespräch mit der SED könnte eine Politik der Entspannung eingeleitet werden, oder wir würden durch solche Gespräche die Wiedervereinigung erreichen. Die Kommentare der kommunistischen Presse zu dem geplanten Redneraustausch wie die Briefe der SED an die SPD machen deutlich, daß sich weder die strategischen noch die taktischen Ziele der Kommunisten gewandelt haben. Was sich geändert hat, ist lediglich der Stil, in dem diese Ziele verkündet werden. Die Bildung der Aktionseinheit der Arbeiterklasse ist für die Kommunisten nach wie vor die Voraussetzung für ein „einheitliches, friedliebendes und demokratisches — sprich kommunistisches — Gesamtdeutschland“.

Die Christlich Demokratische Union war stets führend in der Auseinandersetzung mit dem Kommunismus. Sie wird auch in der Zukunft alles tun, um das Zusammengehörigkeitsbewußtsein unseres Volkes zu stärken und der Freiheit der Meinungsäußerung und Selbstbestimmung überall in Deutschland zum Siege zu verhelfen.

In Berlin haben die führenden Politiker der Union noch einmal in aller Deutlichkeit die Grundsätze für die Auseinandersetzung mit dem Kommunismus klargestellt. Aufgeschlossen für jeden vertretbaren Schritt, aber ohne Illusionen kämpft die CDU in konsequenter Fortführung ihrer bisherigen Politik gemeinschaftlich mit der freien Welt für die verlässlichen Voraussetzungen der Wiedervereinigung Deutschlands in Freiheit.

sprache mit der Ost-CDU für wenig sinnvoll halte. Sie sei lediglich ein konzessionierter Kleinbetrieb der SED. Ergänzend erklärte der Minister, daß die CDU davon ausgehe, jeder Satz der SPD mit der SED müsse absehbar sein und innerhalb der Grundsätze unserer Politik liegen.

NPD verzichtet

Durch einen Trick wird sie aber trotzdem die Wahlen „gewinnen“

Die rechtsradikale Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD) wird sich an den kommenden Landtagswahlen in Nordrhein-Westfalen nicht beteiligen. Der Grund ist nicht nur in der leeren Parteikasse zu suchen, sondern auch in den äußerst dürrtigen Wahlaussichten.

Die 359 Delegierten des nordrhein-westfälischen Parteitages der NPD in Wesel brannten darauf, nach Hamburg und Bayern, nun auch an Rhein und Ruhr vor die Wähler zu treten. Es bedurfte der ganzen Eloquenz des fixen 2. Vorsitzenden von Thadden, die Siegeshoffnungen der Nationaldemokraten ein wenig zu dämpfen und ihnen den zu erwartenden sicheren Untergang auszureden.

Nach den nicht zu unterschätzenden, aber zumeist überbewerteten bisherigen Erfolgen, glaubte der NPD-Landesverband, der gerade 3000 Mitglieder zählt, Chancen zu sehen, in den nächsten nordrhein-westfälischen Landtag einzuziehen. Bisher hate die NPD als hoffnungslose Splitterpartei an Rhein und Ruhr nur ein Prozent aller Stimmen auf sich vereinigen können. Deshalb beschwor von Thadden eindringlich seine nationalbewußten Mitkämpfer, doch auf dem Teppich zu bleiben, denn selbst bei einer Verdoppelung der Stimmenzahl käme nur ein sehr bescheidenes Ergebnis heraus. Außerdem herrsche in der Landesparteikasse vollständige Ebbe, der Bundesvorstand denke nicht daran, ein hoffnungsloses Unternehmen durch verlorene Zuschüsse zu fördern. Der Glaube an einen Wahlsieg in Nordrhein-Westfalen sei schlichtweg gesagt, meinte von Thadden, ein eitler Wahn.

Solchermaßen mit der bitteren Wahrheit konfrontiert, kapitulierten die Delegierten und fügten sich den zweifellos politisch richtigeren Vorschlägen ihrer Parteiführer. Sie beschlossen, ihre Wähler aufzufordern, bei der Landtagswahl leere Stimmzettel abzugeben. Dieser Rat der cleveren Nationalstreiter besteht aus einem Trick, mit dem die NPD-Führer

ihre Partei mit dem nötigen Durchhalten erfüllen möchten. Man geht nämlich davon aus, daß alle ungültigen Stimmen, von denen es bei jeder Wahl eine Menge gibt (bei den letzten nordrhein-westfälischen Landtagswahlen waren es 108 000) der NPD zugerechnet werden. Einfacher ist ein Wahlsieg wohl kaum zu erreichen.

Auch sonst entriet der Parteitag nicht einiger Sensationchen. So zog mit gro-

ßem Aplomb der frühere Gauamtsleiter und letzte Rektor der Königsberger Universität Dr. von Grünberg aus dem Führungsstab der NPD aus, auch Landes-schatzmeister Frenz wurde kurzerhand abgehalftert. Präsidiumsmitglied Dr. Körner, weiland Träger des goldenen Parteiabzeichens und Reichshauptstellenleiter der Deutschen Arbeitsfront, mußte auf einen Wink seiner Arbeitgeber hin, wie Zeitungen berichteten, auf weitere politische Führungstätigkeit verzichten. Seine Durchlaucht Prinz zu Salm zog es vor, aus eigenem Antrieb von seinem Posten als Landesvorsitzender zurückzutreten.

Die angekündigte nationale Woge, die, wie der 1. Vorsitzende Thielen sagte, sicher wie das Amen in der Kirche kommt, wird nach allem in Nordrhein-Westfalen ausfallen müssen. Die Wähler dürfen sich beglückwünschen.

Harter Ton in Hessen-Süd

SPD-Mitglieder entthronen Schmitt-Vockenhausen

In der Reihe der Landesparteitage, die am vergangenen Wochenende veranstaltet wurden, ragt jener des Bezirkes Hessen-Süd der SPD hervor: Einmal wegen seiner radikalen Sprache und zum anderen durch eine Veränderung im Vorstand, die mit einiger Aufmerksamkeit beachtet werden muß.

Hessen-Süd ist ein Gebiet, das den Sozialdemokraten schon seit Jahren Kummer bereitet. Hier hat sich eine starke Macht jener Sozialdemokraten erhalten, die zumindest seit dem Godesberger Programm mit der von oben dirigierte Parteilinie nicht einverstanden sind. Am vergangenen Wochenende bekam diese Haltung vor allem der Bundestagsabgeordnete Schmitt-Vockenhausen zu spüren; er fiel bei der Vorstandswahl durch.

Nach einem Bericht in der „Frankfurter Rundschau“ vom 25. April sagte der SPD-Sprecher Radke: „Du kannst nicht verlangen, daß wir Dir noch einmal Vertrauen schenken.“ Gemeint damit war Schmitt-Vockenhausen und mit ihm die Bundestagsfraktion der SPD. Den Hintergrund für diese scharfe Ablehnung bildet

die Forderung der SPD Hessen-Süd, jede Art von Notstandsgesetzgebung abzulehnen. Der Bundestagsabgeordnete war im Jahre 1965 zwar nur knapp bei der Wahl zum Vorstand unterlegen, erreichte aber eine Mehrheit für das Mandat des Beisitzers. Nun fiel er bei dem zweiten Gang zur Vorstandswahl durch. Bezirksvorsitzender bleibt der hessische Minister Hemsath. Allerdings ging auch an ihm der Unmut der Delegierten nicht vorüber: Gegenüber 1965 verlor er 87 Stimmen. Gewinner der innerparteilichen Auseinandersetzung ist eine der stärksten Persönlichkeiten der hessischen SPD, der Kabinettskollege von Hemsath, Rudi Arndt. Er erhielt 22 Stimmen mehr als der Vorsitzende selbst.

Interessant ist, daß der Bundestagsabgeordnete Merten gegen seine Bonner Fraktionskollegen aufstand und in den Chor jener einstimmte, die sich gegen jede Notstandsgesetzgebung aussprachen.

Auf Glahn folgt Eicher

FDP-Wechsel ohne Koalitionskrise

Aus der Zurückziehung des rheinland-pfälzischen Finanzministers Fritz Glahn ist keine Koalitionskrise entstanden. Dieses erfreuliche Ergebnis konnte man feststellen, nachdem am 26. April an die Stelle Glahns der von der FDP nominierte Dr. Eicher getreten ist.

Wie bereits in der letzten Ausgabe dieses Informationsdienstes berichtet, sah sich die FDP genötigt, ihren Minister und zugleich Landesvorsitzenden zum Rücktritt aufzufordern, weil er allzu enge Tuchfühlung mit der rechtsradikalen Nationaldemokratischen Partei gesucht hatte.

Der Landesparteitag der Freien Demokraten stand deshalb am 23. April in Kaiserslautern im Schatten dieser für die FDP recht unangenehmen personellen Entscheidung. Glahn, der inzwischen erkrankt ist, kehrt als Landesvorsitzender nicht mehr wieder; die Versammlung wählte ihn allerdings zum Ehrenvorsitzenden der Partei.

In Koalitionsgesprächen mit der CDU kam man bereits am 25. April überein,

den seit 1962 als Staatssekretär im Wirtschaftsministerium tätigen Dr. Hermann Eicher zum Finanzminister zu nominieren; die Ernennung ist inzwischen vollzogen worden. Dr. Eicher war am vergangenen Sonntag auch zum Landesvorsitzenden der FDP gewählt worden, so daß die frühere Personalunion wiederhergestellt ist.

Staatssekretär im Wirtschaftsministerium wird der von der FDP vorgeschlagene Dr. Ludwig Hamm, MdB.

Wie von der CDU-Fraktion des Landtags zu erfahren war, trafen diese personellen Umbesetzungen auf die einmütige Zustimmung der Christlichen Demokraten.

Abstimmung unwichtig?

In der Plenarsitzung des nordrhein-westfälischen Landtages am 19. April hat die SPD-Landtagsfraktion erneut einen Nachweis dafür geliefert, wie wenig ernst sie ihre Aufgabe als Opposition wahrnimmt.

Es ging um das Gesetz zur Neugliederung des Landkreises Siegen, das die Stadt Siegen vergrößert, sie wieder in den Landkreis Siegen eingliedert und zwei neue Großgemeinden schafft.

Die SPD hatte immer wieder diese Reorganisationsinitiative zur Neugliederung des Siegerlandes als unzulänglich bezeichnet. Bei der Schlußabstimmung in der dritten Lesung des Gesetzentwurfes, durch die die Vorlage verabschiedet wurde, stimmte die Opposition erwartungsgemäß mit Nein.

Aber — und das kennzeichnet die SPD als „Opposition“ — bei dieser entscheidenden Abstimmung befand sich ein großer Teil der SPD-Fraktion nicht im Saal.

Lücke warnt vor KPD

Nur Taktik geändert – Ziele der Wühlarbeit sind geblieben

Nach seiner Untersuchung über den Rechtsextremismus und Antisemitismus in der Bundesrepublik Deutschland hat Bundesinnenminister Paul Lücke der Öffentlichkeit eine Analyse über den Linksradikalismus übergeben.

Der Minister kommt darin zu dem Ergebnis, daß sich zwar die Taktik geändert, nicht jedoch die Ziele geändert haben.

In seinem Bericht, der die Arbeit der illegalen kommunistischen Parteiorganisation und ihrer mehr oder weniger getarnten Hilfstruppen behandelt, sowie die kommunistischen Aktionen, mit denen das Ulbricht-Regime in die Bundesrepublik hineinzuwirken versucht, stellt Lücke im einzelnen fest:

Die Kommunisten konnten ihren illegalen Apparat im freien Teil Deutschlands nicht wesentlich ausbauen. Ihre organisierte Anhängerschaft in einer Stärke von etwa 6000 bis 7000 Mitgliedern ist im wesentlichen unter sich geblieben. Vor allem in der Gewinnung von Nachwuchskräften konnte die KPD keine Erfolge erzielen; in diesen Nachwuchssorgen sieht sie daher ihr vorrangiges Problem. Allerdings wird diese Schwäche durch die Stärke des „West-Apparates“ der SED ausgeglichen. Dieser bildet heute den Schwerpunkt der gegen die demokratische Grundordnung der Bundesrepublik gerichteten Zersetzungsmaßnahmen.

Die Kommunisten wissen, daß sie nach dem Karlsruher Verbotsurteil eine Wiederzulassung nur dann erreichen können, wenn sie freie Wahlen für ganz Deutschland zulassen. Da das ihr Ende bedeuten würde, haben sie sich neben ihrer konspirativen Untergrundarbeit eine neue Wirkungsmöglichkeit erdacht: die sogenannte „Offene Arbeit“. Der Grund dafür ist, daß das Karlsruher Bundesverfassungsgericht zwar die KPD als Organisation verboten hat, nicht aber die kommunistische Ideologie. Kommunisten kön-

nen daher auch im politischen Bereich tätig werden, wenn sie nur als Einzelpersonen auftreten und nicht im Rahmen einer Tätigkeit für die illegale kommunistische Partei oder für eine ihrer Hilfsorganisationen. In Wahrheit gibt es im kommunistischen Bereich jedoch keine organisations-unabhängigen Aktionen.

Fernsehen und Hörfunk

Report aus Baden-Baden

Seit Anfang dieser Woche kommt Report, das zeitkritische Magazin, das bisher abwechselnd aus Stuttgart und München kam, aus Baden-Baden. Der Süd-deutsche und der Bayerische Rundfunk werden in Zukunft — wie einige andere Anstalten auch — nur noch einzelne Beiträge liefern. Günter Gaus, der Programmdirektor des Südwestfunks, hat die Leitung der Sendereihe übernommen. Nicht nur die Zuschauer, sondern auch die Fachkollegen im Norden und im Westen werden das neue Magazin mit dem alten Namen zunächst sehr kritisch unter die Lupe nehmen, denn man hat sich in Baden-Baden eine Menge vorgenommen. Man will nicht die alten Pfade der zeitkritischen Magazine weiter austreten, sondern etwas Neues schaffen. Das ist aus vielen Gründen sicher kein leichtes Unterfangen. Zunächst einmal ist der gute Ruf, den die Fernsehmagazine hatten — man denke nur an Helmut Hammerschmidt, den Vater der Sendereihe Report und jetzigen Intendanten des Südwestfunks —, durch die Manipulationen und Pflichttendenzen der Konkurrenz vom Panorama weitgehend ramponiert worden. Sodann sind eigentlich alle Fachleute der Meinung, daß es schon zu viele Magazine gibt. Wöchentlich zweimal 45 Minuten Fernsehmagazin — wer soll das alles recherchieren, herstellen und vor allen Dingen sehen? Um so höher ist der Mut der Baden-Badener Programmgestalter anzusetzen, die in Zukunft in jeder Woche auf den Bildschirm wollen. Wahrscheinlich wird Report mit Monitor tauschen und jeweils am Freitag ausgestrahlt werden.

Die erste Sendung der neuen Leute liegt nun hinter uns. Es ist zwar noch viel zu früh, eine Bilanz zu ziehen. Aber man kann doch an Hand dieser einzelnen Sendung schon einiges über den neuen Stil der Reihe auszusagen versuchen. Die ganze Premiere, von der man übrigens gar kein Aufhebens machte, war einem einzigen Thema gewidmet, der gesamtdeutschen Diskussion, die in den letzten Wochen und Monaten aufgekommen ist. Günter Gaus, bekanntgeworden durch seine vorbildliche Interviewreihe „Zur Person“ im Zweiten Deutschen Fernsehen, präsentierte die Sendung mit klarer Sachlichkeit und informiertem Engagement. Seine ganze Arbeit unterscheidet sich

Das bedeutendste Ziel der KPD-Agitation ist bezeichnenderweise nicht ihre Wiederzulassung. Sie muß in erster Linie die Anerkennung der Sowjetzone propagieren und für die Verwirklichung der Drei-Staaten-Theorie Ulbrichts agitieren.

Die nachhaltigen Infiltrationsbemühungen richten sich nach wie vor gegen Gewerkschaften und Betriebsvertretungen entsprechend der im November beschlossenen „Neuen Politik“. Trennendes soll unterdrückt, „Gemeinsames“ soll hervorgehoben werden. Von Einzelfällen abgesehen, konnten sie weder bei den Gewerkschaften, noch bei den Betriebsvertretungen oder auch bei der SPD Erfolge erzielen.

wohlwollend von der gequälten Oberlehrerhaftigkeit seines Hamburger Kollegen Fest. Er hatte die Sendung nicht starr in einzelne Kästchen zerlegt, sondern knüpfte stets an dem roten Faden, der sich durch alles zog.

Report überraschte seine Zuschauer mit einem Film von Wolf Littmann, den dieser ohne nennenswerte Behinderungen in Mitteldeutschland gedreht hatte. Er war in die „DDR“ gefahren, „wie man heute sagt“. Nun, das sagt man eben heute gerade nicht. Es gibt sogar einen Erlass, der diesen Ausdruck zu vermeiden sucht. Aber da sich sogar der Bundesminister für gesamtdeutsche Fragen ständig und ohne Scheu dieser Fehlbezeichnung bediente, kann man dem Reporter eigentlich nicht einmal einen Vorwurf machen. Gravierender ist schon, daß Littmann wohl doch etwas zu unpolitisch an seine Aufgabe herangegangen war.

Unvoreingenommenheit ist eine gute Sache; sie darf nur nicht dazu führen, daß man sich unbemerkt von seinen an Diktatur und Meinungsterror gewöhnten Interviewpartnern in Mitteldeutschland auf die Schippe nehmen läßt. Und die Meinung, daß die Auffassung von Recht und Unrecht in beiden Teilen Deutschlands nicht mehr die gleiche sei, läßt sich doch wohl nur dann vertreten, wenn man drüben die offizielle Auffassung des Regimes meint. Auch der folgende Satz ist in seinem Aufbau journalistisch nicht ganz in Ordnung:

„In der Berufswahl gibt es (in der Zone) heute keinen staatlichen Zwang, — soweit wir Lehrlinge befragten.“

Registriert werden sollte die Tatsache, daß der SED-Propagandist Albert Norden ein fest zugesagtes Interview kurzfristig wegen eines „Schnupfens“ abgesagt hatte. Interessant war noch vieles an der Sendung, so z. B. die bedauerliche Tatsache, daß Willy Brandt selbst in sich nur noch den Repräsentanten Westberlins sieht.

An der journalistischen Arbeit, die jede solche Sendung darstellt, überwog aber bei weitem das Positive. Man kann dem Leiter und den Mitarbeitern von Report für die Zukunft nur alles Gute wünschen, denn ihre Aufgabe ist zwar sehr reizvoll, aber nicht gerade leicht! ohg.

Eine CDU-Bürgermeisterin

Die Braunschweiger Stadtverordnetenversammlung hat die CDU-Abgeordnete Dr. Ilse Becker-Döring zum Bürgermeisterin gewählt. Erst kürzlich war sie zum Vorsitzenden der Frauenvereinigung des CDU-Landesverbandes Braunschweig gewählt worden. Außerdem gehört sie dem Vorstand der CDU-Bundesvereinigung der Frauen an.

Seiters neuer Vorsitzender

Der Niedersachsenrat der Jungen Union hat den Vorsitzenden des Landesverbandes der Jungen Union Hannover, Rudolf Seiters, zum neuen Vorsitzenden gewählt. Er ist Nachfolger von Rudolf Mengelkamp, dem Dank und Anerkennung für seine bisherige Arbeit ausgesprochen wurde. Der Niedersachsenrat beschloß auf der Sitzung, die niedersächsische CDU bei der Führung eines sachlich harten Wahlkampfes im kommenden Jahr und einer klaren Abgrenzung der parteipolitischen Konzeption mit allen Kräften zu unterstützen.

Mit Schwung und Elan

Landestagung der Jungen Union Westfalen-Lippe in Gelsenkirchen

Der wiedergewählte Landesvorsitzende der Jungen Union von Westfalen-Lippe, der CDU-Bundestagsabgeordnete Wilhelm Rawe, betonte auf der Landestagung der Jungen Union am 23. April in Gelsenkirchen, sein Landesverband wolle im bevorstehenden Landtagswahlkampf mit Schwung und Elan an die Arbeit gehen; er sei sicher, sagte Rawe, mit der politischen Arbeit der Jungen Union dazu beizutragen, daß die CDU in Nordrhein-Westfalen die Landtagswahl gewinnen werde.

Wilhelm Rawe betonte in seinem Rechenschaftsbericht, die große Anzahl der Amtsträger der Jungen Union in allen Organisationsgruppen der Partei beweise, daß die junge Generation in der CDU nicht untätig sei. Dabei wies er darauf hin, daß die Junge Union auf diesen Einfluß auch künftig nicht verzichten wolle, weil einmal die Partei diese ständige Auffrischung brauche, zum anderen aber auch, weil die Mitarbeit der Jungen Union die CDU in die Lage versetze, für alle Anliegen der Jugend besonders zu wirken.

Wilhelm Rawe bedauerte, daß es nicht möglich sei, einen Jugendaustausch mit unseren Schwestern und Brüdern in der Zone zu pflegen. Er ermahnte alle Angehörigen der Jungen Union, um so mehr die familiären und freundschaftlichen Bande mit Bewohnern der Sowjetzone zu erhalten. Die Junge Union müsse es sich auch überlegen, wie sie im Rahmen ihrer europäischen Bemühungen ihren Beitrag leisten könne, die Trennung in Deutschland überwinden zu helfen. Rawe fügte hinzu: „Wir wissen, daß es wenig Sinn hat, mit den kommunistisch gelenkten Jugendorganisationen jenseits des Eisernen Vorhangs in einen Austausch zu treten. Wir bekennen uns insoweit zu den Richtlinien für Ostkontakte, die der Deutschlandrat der Jungen Union verabschiedet hat. Wir meinen aber, daß die Zeit reif ist, da auch die Junge Union prüfen muß, welchen Beitrag sie erbringen kann, um zu einer Aussöhnung mit unseren osteuropäischen Nachbarn beizutragen.“

In seinem Referat „Junge Verantwortung für Staat und Gesellschaft — Gedanken zur Jugendpolitik in Nordrhein-Westfalen“ unterstrich der Landtagsabgeordnete Eberhard Ullrich die Notwendigkeit, die Jugendarbeit in einem demokratischen Rechtsstaat in erster Linie von freien gesellschaftlichen Trägern in eigener Initiative und Verantwortung zu leisten.

Wieder im politischen Spiel?

Aus Hessen wird bekannt, daß die sozialdemokratische Kampforganisation der Weimarer Zeit, das „Reichsbanner“, neu gegründet werden soll. Mehr als 300 ehemalige Angehörige dieses Bundes faßten am 23. April in Frankfurt einen entsprechenden Beschluß. Vordringliches Ziel dieser Gründung soll der Wunsch sein, Wiedergutmachungsansprüche nach dem Bundesentschädigungsgesetz anzumelden. Zusammen mit einem bereits seit 1964 in Bremen bestehenden Bund soll eine Dachorganisation auf Bundesebene konstituiert werden.

Wesentlich sei die Verpflichtung der öffentlichen Hand, die Jugendverbände und die Jugendgemeinschaften in ihrer verantwortlichen Tätigkeit zu fördern. Daß der Landesjugendplan von Nordrhein-Westfalen immer mehr zu einem Bildungsplan geworden sei, beweise, daß die Landesregierung unter Führung ihres Ministerpräsidenten Dr. Meyers gerade auf die Persönlichkeitsbildung und die politische Bildung der Jugend allergrößten Wert lege. Ullrich hob hervor, daß eine politische Bildungsarbeit ohne Konfrontierung mit den Problemen an der Zonengrenze und in Berlin und damit auch mit den Fragen um die deutsche Wiedervereinigung in Freiheit heute einfach nicht denkbar sei. Alle Möglichkeiten, Jugendgruppen an die Zonengrenze und nach Berlin zu schicken und sie auch in Vorbereitungsseminaren und in Auswertungsgesprächen immer wieder

mit den Realitäten der deutschen Teilung vertraut zu machen, müßten genutzt werden.

Während der Landestagung umrissen der nordrhein-westfälische Ministerpräsident Dr. Franz Meyers und der Minister für Bundesangelegenheiten, Gerd Lemmer, die Grundzüge der Landespolitik. Dr. Meyers sagte den Delegierten, die CDU habe keine Veranlassung, sich ihrer Erfolge zu schämen, die sie mit einer mehr als 18jährigen Landespolitik in Nordrhein-Westfalen nachweisen könne.

Der Ministerpräsident erklärte unter dem Beifall der Delegierten, daß die SPD immer dann, wenn etwas Hervorragendes geleistet wurde, behaupte, dies habe sie als Opposition erreicht. Wenn jedoch einmal etwas geschehen sei, was nicht gut war, gehe dies auf das Konto der Landesregierung.

Landtagspräsident Dufhues lehnte in seiner Rede vor der Jungen Union Gespräche mit kommunistischen Funktionären der Zone, die für Mord und Schießbefehl verantwortlich sind, ab. Das gelte auch, so erklärte er, für „das Satelliten-Häufchen, jene sogenannte Ost-CDU“. Wenn jedoch Freunde aus Mitteldeutschland — aus dem kirchlichen oder politischen Bereich — kämen, seien sie herzlich willkommen. Man sollte alle Wege zu mitmenschlichen Beziehungen weiter ebnen, erklärte der Vorsitzende des CDU-Landesverbandes Westfalen.

Trostpreis für Anne Frank

Sind auch die Kunstrichter der SPD parteilich?

Eine sehr dubiose Entscheidung ihres als Kunst-Jury fungierenden SPD-Magistrats beschäftigt die Bürger von Offenbach.

Von sieben Entwürfen für eine Gedenkplastik der neuen „Anne-Frank-Schule“ erklärte er die Arbeit „Vogelflug“ des Offenbacher Bildhauers Ludwig Plaueln, der neben seiner Profession auch SPD-Mitglied ist und ein Stadtverordnetenmandat ausübt, für preiswürdig. Dagegen erhielt das Modell „Gitternetz“ eines jüdischen Künstlers nur einen Trostpreis.

Die ganze Unsinnigkeit dieser Entscheidung liegt in dem merkwürdigen Eingeständnis des Gremiums, wonach die Plastik „Gitternetz“ zwar die künstlerisch wertvollste Arbeit, aber zu „pessimistisch“ sei. Das Werk des jüdischen Künstlers Bernd Rosenheim, der gleichfalls in Offenbach beheimatet ist, zeigt eine von einem Gitternetz umschlossene Frau. Die Offenbacher „Kunstperten“ zogen einen Baum vor, von dem sich muntere Vögel in die Lüfte schwingen. Schuldezernent Bukpesch begründete die Wahl damit, daß der Gedenkstein ja auf einem Schulhof stehen werde, „wo frohes Treiben herrscht und herrschen soll“.

Das Vertrackte an der Offenbacher Geschichte ist, daß der Bildhauer Plaueln schon seit längerer Zeit in dem Rufe steht, in der Lederwarenstadt eine Art „Hof“-Künstler seiner Partei zu sein. Zu eindeutig ist eine Reihe von Bevorzugungen bei Ausschreibungen ähnlicher Projekte mit anschließender Preis- und Auftragsvergabe. Dieses offensichtliche Ar-

rangement mit der Kunst geht auch daraus hervor, daß selbst eine ausjuriierte Arbeit für die Geschwister-Scholl-Schule Offenbachs auf Einspruch Plauelns nachträglich dort aufgestellt wurde. Selbstverständlich belegte er auch bei einer Brunnen-Ausschreibung den ersten Platz.

Es bleibt unverständlich, daß sich verantwortliche SPD-Kommunalpolitiker solche Mißgriffe erlauben. Empörte niederländische Reaktionen, dem Lande, in dem Anne Frank lebte, bestätigen das. Man wertet dort die Vorgänge in Offenbach als Brückierung gegenüber den Opfern des Nationalsozialismus. Obgleich der nicht berücksichtigte jüdische Künstler in fairer Weise sein Bedauern darüber äußerte, daß dieser Tenor überhaupt in die Diskussion hineingekommen sei, bleibt in der breiten Öffentlichkeit der Verdacht bestehen, man verniedliche in Offenbach das düstere Kapitel der Judenverfolgung.

In welch heikle Situation der Magistrat die Stadt Offenbach da hineingeritten ist, zeigt sich an der Absage des Vaters der Anne Frank, der von der Stadt zur Einweihung der Schule eingeladen worden war, die den Namen seiner Tochter führen wird. Aus dem „Vogelflug“ der SPD-Kunstrichter ist eine sehr irdische Peinlichkeit geworden, die zudem noch weit über die Offenbacher Stadtgrenzen hinausreicht.

VERTRIEBENE und FLÜCHTLINGE

Blachstein (SPD) für Anerkennung

Wieder einmal hat sich ein prominenter SPD-Bundestagsabgeordneter für die Anerkennung der Oder-Neiße-Linie ausgesprochen. Auf dem außerordentlichen Landesparteitag der Hamburger SPD erklärte Peter Blachstein, im polnischen Volk gebe es keine Meinungsverschiedenheiten über die Oder-Neiße-Linie. Der Besiegte müsse immer zahlen. Blachstein hat auch die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu den Ostblockländern gefordert.

Den Rechtsstandpunkt wahren

Der niedersächsische CDU-Bundestagsabgeordnete Ernst Kuntscher hat die Bundesregierung aufgefordert, weiter am völkerrechtlich untermauerten Rechtsstandpunkt in der Frage der deutschen Ostgebiete festzuhalten. In einem Grußwort zum Parteitag des CDU-Landesverbandes Hannover betonte Kuntscher, der Bundesrepublik sei im Interesse Deutschlands die Verpflichtung erwachsen, den Rechtsstandpunkt zu wahren.

Amrehn bei Oder-Neiße

Der Berliner CDU-Landesvorsitzende Franz Amrehn nahm in seiner Eigenschaft als Mitglied des CDU-Präsidiums an einer Vorstandssitzung des CDU/CSU-Landesverbandes Oder-Neiße teil, in der darauf wurde, daß die deutschen katholischen Bischöfe der Einladung ihrer polnischen Kollegen zur Teilnahme an der 1000-Jahr-Feier der Christianisierung Polens nicht teilnehmen konnten. Dadurch sei das begrüßenswerte Gespräch zwischen den Bischöfen beider Länder verhindert worden, das im Interesse der Aussöhnung beider Völker von besonderer Bedeutung gewesen wäre.

Lemke übergab Verdienstkreuz

Der schleswig-holsteinische Ministerpräsident Dr. Lemke hat dem Lübecker Töpfermeister Arthur Schilling das Verdienstkreuz am Bande des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland überreicht. Schilling ist Mitbegründer der Landsmannschaft Ostpreußen im nördlichsten Bundesland. Er hat sich besondere Verdienste um die soziale Betreuung und wirtschaftliche Eingliederung der Vertriebenen in Lübeck erworben.

Einseitigkeit kritisiert

Der CDU-Landesvertriebenenausschuß Bremen hat die Denkschrift der Evangelischen Kirche Deutschlands zur Ostpolitik als „einseitig im Interesse Polens“ kritisiert. Insbesondere das Kapitel über die gegenwärtigen Verhältnisse in den polnisch verwalteten deutschen Ostgebieten war Gegenstand der Kritik. Es stelle vor allem das polnische Lebensinteresse dar und handele damit den deutschen Rechten zuwider, hieß es dazu.

Frage der Menschenrechte

Präsidiumsmitglied Franz Amrehn zu einem Blumenfeld-Interview

Franz Amrehn, Mitglied des CDU-Präsidiums und Vorsitzender des CDU-Landesverbandes Berlin, hat den Hamburger CDU-Bundestagsabgeordneten Erik Blumenfeld wegen eines Interviews zu vertriebenenpolitischen Fragen in der dänischen Zeitung „Berlingske Tidende“ kritisiert.

In seiner Stellungnahme erklärte Amrehn in Bonn u. a.:

Die Äußerungen des auf einer Auslandsreise befindlichen Abgeordneten Blumenfeld sind kleine Teilauszüge aus einem längeren Interview, in dem die von ihm erörterten Grenzfragen unter das Hauptthema der deutschen Wiedervereinigung gestellt sind. Sie erhalten dadurch einen erheblich anderen Akzent.

Mit der Kennzeichnung als „Gewohnheits-Schreier“ geschieht jenen Deutschen unverdientes und vermeidbares Unrecht, die als Vertriebene oft schweres persönliches Leid zu ertragen hatten und dennoch ihre Stellung in Führungsorganen der Heimatverbände mit offenkundigem Erfolg dazu benutzt haben, einer Radikalisierung vorzubeugen. Ihnen gebührt für die Wahrnehmung deutscher Interessen und für die Mäßigung, mit der sie im Nachkriegsdeutschland ihren Standpunkt vertreten haben, allgemeine Anerkennung.

Entsprechend der Friedensnote der Bundesregierung leitet die Bundesregierung aus dem Münchner Abkommen keine territorialen Forderungen her. Damit ist dem politischen Begehren der Tschechoslowakei Genüge getan. Das Münchner Abkommen für null und nichtig zu erklären ist in einem anderen Hintergrund schon deshalb nicht möglich, weil auch England, Frankreich und Italien völkerrechtlich Vertragspartner sind.

Das von den Verbänden vertretene Heimatrecht ist nicht eine Frage der Grenzen, sondern der Menschenrechte. Wir haben keinen Anlaß, die Vertreibung von Deutschen aus ihren angestammten Gebieten in ihrer geschichtlichen Tragik zu verharmlosen. Die notwendige Versöhnung kann nicht darin bestehen, uns bei kommenden Verhandlungen das von Deutschen begangene Unrecht fortgesetzt vorhalten zu lassen und das an Deutschen begangene Unrecht schweigend hinzunehmen.

Erste Lesung im Herbst

Vorarbeiten für 19. LAG-Novelle vor dem Abschluß

Nach dem augenblicklichen Stand der Dinge werden die beiden an der Ausarbeitung des Entwurfs einer 19. LAG-Novelle beteiligten Ressorts, das Bundesfinanz- und das Bundesvertriebenenministerium, den Entwurf dem Kabinett in der zweiten Mai-Hälfte zuleiten.

Voraussichtlich aber wird das Kabinett noch vor dem 14. Mai einer Grundsatzentschließung zustimmen, die unter Berücksichtigung der Schätzungen des Gutachtergremiums und der neu überarbeiteten Schätzungen der Vermögensabgabe, der Hypothekengewinnabgabe, der voraussichtlichen Aufwendungen für Kriegsschadensrenten und Hauptentschädigungen den finanziellen Rahmen für die 19. LAG-Novelle festlegen wird.

Das von der Bundesregierung eingesetzte Gutachtergremium wird in diesen

Tagen zu abschließenden Beratungen zusammentreten und seinen Bericht redigieren, der anschließend mit den Schätzungen zu einem Sammelbericht verarbeitet und mit einer Stellungnahme über die Möglichkeiten der Liquidität der Reserven versehen werden soll.

Im Vertriebenenministerium wird dazu die Ansicht vertreten, daß die Liquiditätsfrage nur bei untergeordneten Positionen überhaupt eine Rolle spielt und die wahrscheinlichen Kosten der 19. LAG-Novelle in Höhe von etwa 3 Milliarden DM auf alle Fälle aus den Reserven abgedeckt werden könnten.

Der Entwurf der 19. Novelle wird voraussichtlich bis Ende Juni vom Kabinett verabschiedet werden können, so daß mit einer ersten Lesung im Bundestag im Herbst gerechnet werden kann.

Hackenberg: Rechte gewahrt

Die Bundesregierung steht weiterhin zu ihrer Erklärung, daß sie die Rechte der von ihr in Obhut genommenen Deutschen wahren wird. Das betonte der Vorsitzende der Ackermannsgemeinde in Hessen, der CDU-Landtagsabgeordnete Richard Hackenberg, vor dem Landesvertriebenenausschuß seiner Partei. Keiner rechtlich denkenden Regierung könne es gleichgültig sein, daß das Heimatrecht von drei Millionen Sudetendeutschen verletzt worden sei. Hackenberg wandte sich gegen eine stillschweigende Anerkennung dieses Unrechts, das eine Einladung zu neuem Unrecht bedeuten würde.

Herausgeber: Bundesgeschäftsstelle der CDU Deutschlands, verantwortlich für die Redaktion: Heinz Winkler, R. Ahrlé, beide Bonn, Nassestraße 2, Telefon 5 29 31 — Verlag: Presse- und Informationsdienste der CDU Deutschlands Verlagsgesellschaft mbH, Bonn, Argelanderstraße 173, Telefon 2 31 40 — Bezugspreis: monatlich 1,— DM — Banken: Presse- und Informationsdienste der CDU Deutschlands Verlagsgesellschaft mbH, Bonn, Argelanderstraße 173, Postscheck-Konto Köln 193 795, Commerzbank Bonn Nr. 12 493 — Druck: Bonner Universitäts-Buchdruckerei.

Streit, Abwahl und Intrigen

Rückblick auf drei SPD-Parteitage

Die Unruhe in der SPD hält weiter an. Die Parteitage der Landesverbände Berlin, Baden-Württemberg und des Bezirksverbandes München am letzten Wochenende führten nicht nur zu lautstarken parteiinternen Streitigkeiten, sondern auch zu Angriffen gegen Wehner und personellen Veränderungen der Führungsspitze.

Scharfe Kritik an der Gesamtpartei und besonders an Wehner übten die Delegierten des SPD-Unterbezirks München. Besonders erbot waren die bayerischen Genossen darüber, daß sie im letzten Bundestagswahlkampf, nach ihrer Meinung, von der Parteispitze lediglich zu ausführenden Organen minderen Rechts degradiert worden seien, was einen verunglückten Wahlkampf zur Folge gehabt habe. Vermutlich sind die Münchner Sozialdemokraten noch immer der Meinung, von der Parteispitze zu ausführenden Organen minderen Rechts. Denn anders ist der Vorwurf nicht zu verstehen, die Anpassung der SPD-Führung an die konservativen Parteien hätte den Bürgern kein klares Bild sozialdemokratischen Wollens vermittelt.

Die Delegierten forderten entschieden eine lebendige innerparteiliche Diskussion, sie sprachen sich dabei aber gegen den in letzter Zeit in der SPD geführten Heckenschützenkrieg aus. Gleichwohl wurden auch von ihnen Herbert Wehner heftig attackiert und schwerwiegende Bedenken gegen die von ihm „praktizierte Politik der Annäherung an die CDU“ erhoben. Statt dessen wurde eine Rückbesinnung auf das Godesberger Programm gefordert. Ganz besonderer Wert wurden auch von ihnen Herbert Wehner Grundsätze der SPD stärker als bisher auszuarbeiten, als Alternative zur kapitalistischen CDU.

Wes Geistes die Münchener SPD-Kindl sind, macht ein Antrag deutlich, der sich gegen die Luftschutzgesetze wendet. Offenbar sind die Genossen mit der neuen Zeit noch nicht fertig geworden.

In diesem Zusammenhang müssen auch die Auseinandersetzungen zwischen Lohmar und Wehner erwähnt werden, die hinter den Kulissen weiter geführt werden. Zwar hat Lohmar in Bonn eingeräumt, daß es zwischen ihm und Wehner keine tiefgreifenden Unterschiede gebe, er aber aus den Wahlanalysen und Tatsachen andere Schlüsse ziehe als Wehner. Über seine Beziehungen zur SPD sagte Lohmar: „Jeder hat die Freiheit, die er sich nimmt“.

Ob allerdings in Dortmund die große Diskussion um Wehner stattfinden wird, scheint nach den Äußerungen Lohmars recht zweifelhaft zu sein; denn er sagte, daß die große Auseinandersetzung um die Grundfragen der SPD unbedingt ausgetragen werden müßte, auch wenn in Dortmund darüber nicht gesprochen werde.

Die Berliner Genossen hatten andere Sorgen. Sie mußten mit den linksradikalen Parteifreunden fertig werden, die nicht gegen die Mauer, wohl aber gegen den Vietnamkrieg protestierten und sich am liebsten schon morgen mit dem Ostblock verbrüdern möchten.

Der Kreisverband Schöneberg, dem solches Treiben ein Dorn im Auge ist, hatte

einen Antrag eingebracht, in dem empfohlen wurde, alle SPD-Funktionäre, die an antiamerikanischen Demonstrationen teilgenommen hatten, wegen parteischädigenden Verhaltens aus ihren Parteiämtern abzuwählen.

Der linksstehende Kultussenator Stein ereiferte sich gegen solche „kollektiven Verfolgungsanträge“, und der Charlottenburger Stadtrat Harry Ristock warf der Parteileitung vor, ihre Angestellten angehalten zu haben, die Teilnehmer der Demonstration zu bespitzeln. Soviel Widerstand konnte der Antrag nicht überwinden. Mit der Überweisung an den Landesvorstand erhielt er ein Begründungsdritter Klasse.

Auch der Einwand des Bundessenators Schütz, daß es gar nicht um die Einstellung von SPD-Mitgliedern zu Vietnam gehe, sondern darum, daß gemeinsam mit Kommunisten demonstriert wurde, konnte daran nichts ändern.

Aber auch die Schöneberger mit ihrem vernünftigen Antrag haben ihren Kummer, wie der Kreisvorsitzende, Wirtschaftssenator Dr. König, verriet. Es sei leichter, einen Sack mit Flöhen zu hüten als seine Delegierten zusammenzuhalten. Auf die Angriffe Ristocks eingehend, sagte König, er habe es langsam satt, sich von ihm über Moral und Gewissen belehren zu lassen.

Die Buh-Rufe quittierte König mit der Bemerkung, im Schlachthof würde man

ähnliche Laute vernehmen. Überdies könne in Berlin jedermann demonstrieren soviel er wolle, gegen Mauer und Schießbefehl.

Ristock schien auf diesem Parteitag über die stärkeren Bataillone zu verfügen, sein Antrag auf bessere Kontakte mit dem Osten wurde angenommen, und bejaht wurde trotz aller Erfahrungen die Politik der kleinen Schritte.

Die baden-württembergische SPD machte ihrem Unmut über ihren Vorsitzenden Möller Luft und setzte ihn vor die Tür. Sein Nachfolger wurde der Mannheimer Bürgermeister Walter Krause, Vorsitzender der SPD-Landtagsfraktion. Motiviert wurde der Wechsel mit dem Hinweis, daß der Sprecher der SPD-Opposition auch die Verantwortung für die Landespolitik tragen müsse.

Hinter diesem Argument verbirgt sich die Unzufriedenheit über den SPD-Wirtschaftsexperten Möller, dem man die Schuld an dem schlechten Abschneiden der baden-württembergischen SPD gab. Fraglos sind die schlechten Resultate bei den Landtags- und Bundestagswahlen darauf zurückzuführen, daß es der SPD nicht gelang, Ministerpräsident Kiesinger eine Persönlichkeit von Format entgegenzusetzen. Daran trug die gesamte Führungsspitze der SPD Schuld. Möller, Krause und der frühere Wirtschaftsminister Veit hatten derartig viel Streitigkeiten auszutragen, daß es ihnen nicht gelang, einen Ministerpräsidentenkandidaten herauszustellen.

Ansonsten bot der Landesparteitag das Bild eines langweiligen Vereins, der sich keine Sorge darüber macht, wie man die notwendige Mehrheit erringen könne. Vielleicht wissen die baden-württembergischen Genossen, daß ihnen dies ohnehin nicht gelingen wird, solange Ministerpräsident Kiesinger Erfolge aufzuweisen hat, von denen die Sozialdemokraten nur träumen können.

Gebremste Rebellen

Weiter schwere Spannungen in Niedersachsens Freien Demokraten

„Zerreißprobe für Niedersachsens FDP“ überschrieb die „Stuttgarter Zeitung“ am 26. April ihren Bericht über den Landesparteitag der niedersächsischen Freien Demokraten, der damit endete, daß sich der bisherige umstrittene Landesvorsitzende und frühere Landwirtschaftsminister Carlo Graaff gegen eine starke Gruppe von Rebellen durchsetzte.

Mit einer spektakulär schwachen Mehrheit — 198 Ja- gegen 82 Nein-Stimmen und 39 Enthaltungen — blieb Graaff Landesvorsitzender. Freilich nur deshalb, weil sich sein ärgster Widersacher, der FDP-Landtagsfraktionsvorsitzende Winfried Hedergott, im letzten Augenblick mit fadenscheinigen Vorwänden weigerte, als Gegenkandidat aufzutreten. Immerhin zeigte das Wahlergebnis, daß Graaff innerhalb seiner Partei schwer an Boden verloren hat.

Das bewiesen auch die Diskussionsbeiträge mehrerer Delegierter. So hatte der FDP-Bundestagsabgeordnete Miessner seinem Landesvorsitzenden Graaff unumwunden politisches Versagen vorgeworfen: „Sie haben durch Ihr Verhalten im Konkordatsstreit die FDP aus der Regierung in Hannover herauskatapultiert und

uns bei unserem ehemaligen Koalitionspartner ungläubwürdig gemacht“.

Aber auch mit dieser Attacke konnte Rebell Miessner dem Landesvorsitzenden den entscheidenden Stoß nicht versetzen. Er wie auch einige andere seiner Anhänger vermochten nicht, in den Landesvorstand einzudringen. Der gesamte bisherige Landesvorstand wurde bis auf den früheren Landesjustizminister Dr. von Nottbeck, der seine Ämter schon früher zur Verfügung gestellt hatte, wiedergewählt. Die Rebellen blieben draußen vor der Tür.

Übrigens machten Niedersachsens Freie Demokraten auf ihrem Parteitag der CDU das Angebot, nach den Landtagswahlen im kommenden Jahr mit ihr eine Koalition einzugehen. Das war aber auch die einzige politische Aussage dieses Parteitages, der bis zur Selbstzerfleischung der niedersächsischen FDP gegangen war.